

DER STADTVERORDNETENVORSTEHER

DER STADT
OFFENBACH AM MAIN

63061 Offenbach (Main)

An das
Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend
Parlamentarische Staatssekretärin
Frau Mariluisse Beck

Bearbeitung: Schäfer
Telefon: (069) 8065 - 1
Durchwahl: (069) 8065 - 2856
Telefax: (069) 8065 - 3471
Zimmer: OG 21
Datum: 16. Mai 2003

11018 Berlin

Sehr geehrter Frau Beck,

mit Schreiben vom 19.11.2002 haben wir Sie über nachfolgenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Offenbach informiert aber bis dato keine Antwort von Ihnen erhalten:

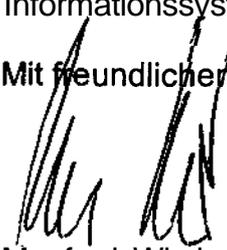
Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Offenbach fordert die Bundesregierung auf, Städte mit einem hohen Ausländeranteil in der Förderung ihrer Integrationsarbeit künftig nicht schlechter, sondern besser zu stellen. Dies gilt insbesondere für die Förderung der Sprachkurse.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert,

- **durch eine Übergangsregelung sicherzustellen, dass die bisher vom Sprachverband Mainz geförderten Kurse „Deutsch als Fremdsprache“ im gleichen Umfang und zu den gleichen Bedingungen wie bisher bezuschusst werden, bis Neuregelungen im Zuge des neuen Einwanderungsgesetzes greifen;**
- **die Neuregelungen zur Bezuschussung von Sprachkursen durch das neue Bundesamt für Migration so zu gestalten, dass die Förderung der Kursteilnehmer unabhängig von ihrer bisherigen Aufenthaltsdauer erfolgt, die pädagogischen Bedingungen nicht verschlechtert werden und auch künftig Mittel für Kinderbetreuung zur Verfügung stehen.**

Für die Umsetzung unserer Vorstellung wären wir Ihnen sehr dankbar und bitten um eine kurze Stellungnahme, die wir auch Internet (www.offenbach.de) in unserem Politischen Informationssystem PIO veröffentlichen möchten.

Mit freundlichen Grüßen


Manfred Wirsing
Stadtverordnetenvorsteher